

Für Rentengerechtigkeit in Ost und West

Von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e. V.

Einer Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaft ver.di und des Seniorenrates Halle folgend, haben Vertreter von ISOR e. V. an einer Seniorenkonferenz in Halle teilgenommen. Diese stand unter dem Thema »Rentengerechtigkeit in Ost und West«.

Dass dieses Thema die Menschen bewegt, zeigte der überfüllte Saal und die nach den Vorträgen einsetzende lebhafte Diskussion. Die Ministerin für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalts stellte den neuen Leitfaden der Landesregierung zur Seniorenpolitik vor. Altern in Würde und in Aktivität – diese zwei Säulen des Leitfadens der Seniorenpolitik – wurden besonders hervorgehoben. Dennoch wurde von den Teilnehmern kritisch vermerkt, dass die Leitlinien zu sehr auf Perspektive, d.h., wie werden die Senioren in 40 Jahren leben, angelegt sind, die heutige Rentnergeneration hingegen zu wenig Beachtung findet. Begrüßt wurde, dass die Landesregierung Sachsen-Anhalts bei der Betreuung der Alten die unter Älteren bekannte und beliebte Gemeinde- »Schwester Agnes« wieder einführen will. Die Teilnehmer der Konferenz verfolgten sehr aufmerksam die Vorträge zu den Themen:

- »Sozialstaat Deutschland – Fiktion oder Wirklichkeit«
- »Schließen von noch bestehenden Gerechtigkeitslücken bei der Überführung der DDR-Renten- und Versorgungssysteme in bundesdeutsches Recht«
- »Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost – Stufenmodell der Gewerkschaften ver.di und GEW« sowie
- »Zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz – eine ganze Generation Naturwissenschaftler kämpft um Recht und Würde«

In den Vorträgen, die alle im Internet abgerufen werden können, wurde das Thema Rentenstrafe nicht ausgeklammert. Neben der Ablehnung

der Rentenstrafe für ehemals Staatsnahe in der DDR wurde die Herabsetzung der Ansprüche, beispielsweise der ehemaligen Angehörigen des MfS, als eine Unverfrorenheit bezeichnet. Die noch von Rentenstrafe Betroffenen wurden ermutigt, ihren politischen und juristischen Widerstand fortzusetzen. Einen breiten Rahmen nahm die Forderung nach Gewährleistung der Alterssicherung ein. Der fortschreitende Sozialabbau in der Bundesrepublik Deutschland, von den besonders die Rentner in den neuen Bundesländern betroffen sind, wurde einer heftigen Kritik unterzogen.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Forderung nach einer schnelleren Rentenangleichung Ost an West. In der Begründung wurde hervorgehoben, dass seit 1990 in den neuen und alten Bundesländern ein unterschiedliches Rentenrecht besteht. Die Anpassung des aktuellen Rentenwertes Ost soll bis zur Herstellung einheitlicher Einkommensverhältnisse in Anbindung an die Lohnentwicklung in den neuen Bundesländern erfolgen. Nach derzeitigen Schätzungen würde die Angleichung nicht vor 2030 erreicht. Dies werden viele Rentner und Rentnerinnen nicht mehr erleben. 17 Jahre nach der Einheit sind die Lebenshaltungskosten weitgehend angeglichen, die Renten dagegen nicht. Die Senkung des Realwertes der Renten beträgt seit 2003 bis heute durch die jährliche Inflation und die Belastung mit höheren Beiträgen in der Kranken- und Pflegeversicherung 10 Prozent. Dabei sind die hohen Kosten, die privat für Zahnersatz, Brillen und Hörgeräte usw. zu zahlen sind, nicht enthalten. Für 74 Prozent der Rentner in den alten Bundesländern und 98 Prozent der Rentner in den neuen Bundesländern, deren Alterssicherung nur die gesetzliche Rentenversicherung ist, hat sich das Realeinkommen innerhalb von 5 Jahren um 10 Prozent reduziert. Die Bundesregierung hat mit der letzten Rentenerhöhung von 0,54 Prozent die Chance für die soziale Sicherheit der »Alten« vertan. Die schnellere Angleichung der Renten Ost an West darf nicht zu einer Belastung der

Beitragszahler werden. Es wurde deshalb gefordert, eine Steuerfinanzierung vorzunehmen. Damit soll auch ein Ausspielen der Ost- gegen die Westrentner verhindert werden. Den Teilnehmern war bewusst, dass die Rentenhöhe Ost zu vielen Diskussionen in den alten Bundesländern führen wird. Aber auch in der ehemaligen DDR haben die Menschen gearbeitet und durch nicht geringe Beitragsleistungen ihre Ansprüche erworben. Die Höherbewertung der Entgelte Ost muss beibehalten bleiben, da es sonst zu einer Absenkung des Rentenzahlbetrages kommen würde. Deshalb sollte ein Angleichungszuschlag eingeführt werden.

Die Bundesregierung wurde in einer beschlossenen Resolution aufgefordert:

- die Rentenangleichung Ost ist durch einen Stufenplan umzusetzen, indem sie den aktuellen Rentenwert Ost an West bis 2016 angleicht
- die Anhebung muss steuerfinanziert werden
- der aktuelle Rentenwert West darf nicht abgesenkt werden
- ebenso darf die Höherbewertung der Entgeltpunkte Ost nicht wegfallen.

Die Ergebnisse der Seniorenkonferenz fanden im Vorstand von ISOR volle Unterstützung, da sie die sozialen Interessen und Befindlichkeiten unserer Mitglieder betreffen. ISOR wird immer an der Seite der sozial Schwachen und der von Altersarmut betroffenen Menschen zu finden sein. Das ist auch ein Grundanliegen unserer politischen Führungskonzeption. Der Initiative der großen Sozialverbände in der Bundesrepublik Deutschland, des DGB und seinen Gliederungen ist zu danken.

Alle sind aufgerufen, sich dem Widerstand gegen den weiteren Sozialabbau anzuschließen. Nur durch Solidarität erhöhen sich unsere Chancen, die Sozialsysteme tragfähiger zu machen und zu erhalten, um wieder mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Hauptgegenstand der Sitzung des Vorstandes von ISOR am 25. April 2007 war die ausführliche Erörterung der vorliegenden Machbarkeitsstudie für ein Gutachten zur Klärung der Einkommens- und Qualifikationsstruktur des ehemaligen MfS für den Zeitraum von 1950 bis 1989. Der Vorstand beschloss einstimmig, den Auftrag zur Erstellung eines solchen Gutachtens zu erteilen, und beauftragte Prof. Wolfgang Edelmann, umgehend die dazu notwendigen Vereinbarungen zu treffen.

Des weiteren nahm der Vorstand einen Bericht der Arbeitsgruppe Recht entgegen, der von Dr. Rainer Rothe erstattet wurde. Er würdigte die erfolgreiche Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe, insbesondere ihr Bemühen, allen anfragenden Mitgliedern eine Antwort zu geben oder diese an sachkundige Partner zu vermitteln.



Im März und April hatte unsere TIG **Friedrichsfelde/Karlshorst** Frau Dr. Hoffmann, Rechtsanwältin und Notarin, gewonnen, unsere Gruppenbetreuer und andere interessierte Mitglieder über Fragen und Probleme zu informieren, die sich ergeben, wenn man durch Unfall, schwere Erkrankung oder Nachlassen der geistigen Kräfte im Alter nicht mehr in der Lage ist, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Ihre Erläuterungen zur Vorsorgevollmacht sowie zur Betreuungs- und Patientenverfügung erreichten über 100 Interessenten und Fragesteller, denen bewusst wurde: Das Verdrängen und auf »später« hinausschieben dieser Art Vorsorge kann nur dazu führen, dass im Ernstfall jemand Entscheidungen für einen trifft, der nicht uneingeschränktes Vertrauen besitzt und eigene Wünsche und Vorstellungen dann keine Rolle mehr spielen. Sicher wird der eine oder andere das Angebot einer »wasserdichten« notariell beurkundeten Vorsorge für solch einen Fall nutzen.

Die in unserer TIG organisierten Mitglieder des Vorstands von ISOR e.V. (Pressesprecher und Schatzmeister) fanden bei ihren aktuellen Informationen über Probleme der Arbeit von ISOR ebenfalls dankbare Zuhörer. In der Diskussion ging es auch um den im MDR-Magazin »Fakt« am 26.03. unternommenen untauglichen Versuch, vom Grundgesetz geschützte rentenrechtliche Ansprüche gegen moralische in der DDR erlittene Nachteile aufzurechnen. Über die dabei vertretene Auffassung, sich als ISOR in solchem Zusammenhang geäußerten Interviewwünschen zu versagen, kann man geteilter Meinung sein. Über den Ausgang unseres Anliegens wird das aber letztlich nicht entscheiden. Der in dieser Sendung zu Wort gekommene »Anwalt« der von der Entschädigung für »Opfer« betroffenen Personen befürchtet, dass ISOR beim erneuten Gang zum Bundesverfassungsgericht obsiegen könnte. Da kann er Recht haben!

Dr. Manfred Krause

*

Am 18. April 2007 stellte Gotthold Schramm das mit Klaus Eichner, Günter Heidrich und weiteren Freunden verfasste Buch »Angriff und Abwehr – die deutschen Geheimdienste nach 1945« Basisgruppenleitern der TIG **Köpenick** sowie Gästen aus der GRH vor. Das Buch wurde von den Verfassern ihrem langjährigen Chef, Genossen und Freund Markus Wolf gewidmet, der am 9. November 2006 verstarb. Er, wie auch viele weitere ehemals leitende Genossinnen und Ge-

nossen, hat die Entstehung dieses Buches mit Hinweisen und Ratschlägen begleitet.

Das Buch unterzieht die BRD-Nachrichtendienste und die Nachkriegspolitik der Alliierten, vor allem die »alten Kameraden in der Organisation Gehlen« und anderen Diensten bis in die Gegenwart einer exakten und schonungslosen, ja sogar namentlichen Analyse.

Im Buch wird kompakt die Entstehungsge schichte der Dienste in der BRD und in der DDR dargestellt. Es erscheint angesichts des gerade in den letzten Wochen und Monaten wieder aufgelegten Hasses gegen die Mitarbeiter des MfS und eines völlig verzerrten Bildes über die Geheimdienste der DDR zum richtigen Zeitpunkt. 200 CIA – Dokumente wurden akribisch übersetzt, so genannte »Rattenlinien« (Fluchtoperationen für Nazi- und Kriegsverbrecher) offen gelegt. Im Buch ist es gelungen die antifaschistischen Wurzeln des MfS, die Biographien der ersten Generation, die Gründerväter des MfS, und vieles mehr objektiv und überzeugend darzustellen. Es lohnt sich, dieses Buch in die Hand zu nehmen, vor allem jenen Leuten unter die Nase zu halten, die sich in ihren Wertungen und Auffassungen über das MfS leider immer noch und allzu oft, nicht ihres Verstandes bedienen, sondern jene zu Hilfe nehmen, die die DDR und ihr Sicherheitsorgan ausschließlich auf ihre vermeintlichen Negativseiten reduzieren. Was die Gründerväter des MfS betrifft, so setzen wir uns gemäß der politischen Führungskonzeption des ISOR-Vorstandes für die Verteidigung der gelebten Biographien der Angehörigen aller bewaffneten Organe der DDR ein und weisen Verleumdungen, Diskriminierungen und soziale Ausgrenzungen mit aller Entschiedenheit zurück. Die Teilnehmer dieses Forums konnten im

Gegensatz zur Folgegeneration der Filbingers und Neuraths, sich auf Genossen der ersten Stunde, antifaschistische Widerstandskämpfer und Spanienkämpfer beziehen. Viele Freunde, die zu dieser Buchlesung versammelt waren, haben diese Wurzeln auch in ihren eigenen Familien vorzuweisen. Im Schlussteil dieses Buches heißt es: »Es gab keine Stunde Null. Die Traditionen, die bis 1945 in Deutschland bestanden, fanden ungebrochen Fortsetzung. Auf der einen Seite handelten die antisozialistischen Kräfte – und auf der anderen jene, die seit Jahrzehnten gejagt, inhaftiert, ermordet oder ins Exil getrieben worden waren.«

Klaus Buchner

*

Unser Start ins Frühjahr 2007 in der TIG **Schwerin** erfolgte ganz im Sinne der politischen Konzeption und der aktuellen Situation zur Beseitigung des Rentenstrafrechts sowie der Bewahrung der sozialen Sicherungssysteme. Vorstand, Betreuer und Mitglieder sind sich im wesentlichen einig: Es darf kein Nachlassen im Rentenkampf geben. Zusammenhalt ist angesagt.

Die in der Regel alle sechs Wochen durch geführten Beratungen des Vorstands, die im Dezember 2006 durchgeführte Jahresabschlussveranstaltung mit der Festlegung der Aufgaben für das erste Halbjahr 2007 und die im März durchgeführte Versammlung mit einer Positionbestimmung, wo steht der Verein auf dem Weg zum Bundesverfassungsgericht, durch das Mitglied des Vorstands und Landesbeauftragten waren motivierende Höhepunkte für die Teilnehmer. Daran angeschlossen folgten im März/April zwei Beratungen mit Betreuern und eine Beratung mit ehemaligen Verantwortungs trägern. Aus diesen Beratungen ist u.a. auch die Aktion »Mitglieder gewinnen Mitglieder« mit ersten kleinen Ergebnissen entstanden, der ein Aufruf aktiver Mitglieder vorausging. Natürlich nicht unerwähnt bleiben sollen die Aktivitäten mit anderen Vereinen, Parteien und Politikern. Nach zwei Zusammenkünften der jeweils Verantwortlichen des BRH, der GRH, des DBwV-Ost, der GBM und der Volkssolidarität (VS) sowie des VdK hat der Vorstand der TIG die Mitglieder aufgerufen, sich auch an Aktionen der VS (Postkarten an die Bundeskanzlerin), der PDS (Unterschriftenaktion gegen Rechts) sowie des DBwV-Ost (Petitionen gegen Sozialabbau) u. a. zu beteiligen.

Fortgesetzt wurden Gespräche mit Landes- und Bundespolitikern wie z.B. mit Prof. Methling und P. Ritter (Linkspartei), Minister Sellering und MdB H. J. Hacker (SPD).

Die Aufforderung an die TIG, für das im Juni neu zu wählende Altenparlament des Landtags wieder Kandidaten zu benennen, zeugt von der Akzeptanz von ISOR im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Nicht unerwähnt bleiben soll eine Veranstaltung »Tanz in den Frühling«, die auch zur Auflockerung der Stimmung in der jetzigen Situation dienen sollte. Für weitere Aktivitäten und wichtig für die Motivation der Mitglieder sind Informationen des Vorstands über das weitere Vorgehen auf dem Weg zum Bundesverfassungsgericht.

Siegfried Felgner

*

Das diesjährige Treffen der Mitglieder der TIG aus dem **Altmarkkreis Salzwedel** und dem **Landkreis Stendal** findet am 8. September 2007 in der Ausflugsgaststätte »Feine Sache« in Jeggeleben, Kreis Salzwedel statt. Beginn 14.00 Uhr

Nach Ausführungen des Vorsitzenden von ISOR bzw. eines seiner Stellvertreter zur aktuellen Situation im Kampf gegen das Rentenstrafrecht wird der bereits von vorangegangenen Treffen bekannte Musikzug der Feuerwehr zu Tanz und Unterhaltung aufspielen.

Herzlich eingeladen sind die Mitglieder und deren Partner aus anderen TIG, die Freunde und Bekannte aus gemeinsamer Dienstzeit wieder sehen möchten; darüber hinaus auch ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR, die Mitglied in der GRH, dem Bundeswehrverband oder der Bundespolizeigewerkschaft sind bzw. sich keiner Organisation angeschlossen haben.

Einladungen werden auch Vertreter anderer Sozialverbände, wie DGB, Volkssolidarität und andere.

Teilnahmemeldungen bis 14.07.07 bitte an:
Heinz Fischbeck, Salzwedel Tel: 03901 423409
oder
Horst Hannaske, Stendal Tel: 03931 219542

Helmut Stefan Pressesprecher
TIG Stendal

Internet-Informationen:

Der Vorsitzende der GBM, Prof. Dr. Wolfgang Richter, richtete am 5. März 2007 an die Vorsitzenden der Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien ein Schreiben, in dem es u.a. heißt:

Zehntausende Bürger, viele Sozialverbände, ihre regionalen Untergliederungen und ihre Mitglie-

der wandten sich in den vergangenen Jahren an den Petitionsausschuss, an Mitglieder der Regierung und an Abgeordnete ihres Wahlkreises mit der Forderung, die Aussetzung der Rentenpassungen zu beenden, zum 1. Juli 2007 eine Rentenpassung zumindest in Höhe der Inflationsrate vorzunehmen und den Rentenwert Ost an den in den alten Bundesländern gültigen Rentenwert im Verlauf einer kurzen Zeitspanne anzugeleichen. (...) Die Forderungen der Bürger wurden mit immer den gleichen Argumenten zurückgewiesen. Leider hat auch eine Mehrheit im Bundestag die Petitionen abgelehnt.

Das empfinden die Betroffenen in zunehmendem Maße als unerträglich und als eine grundgesetzwidrige Verletzung ihrer durch Arbeit und Beiträge erworbenen Eigentumsrechte. Im Na-

►►► Fortsetzung auf Seite 4

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

Zum 100. Geburtstag
Erna Irmer, Bln.-Treptow

Zum 93. Geburtstag

Hildegard Donner, Bln.-Treptow
Käthe Tempel, Suhl

Zum 89. Geburtstag

Margarete Beyermann,
Bln.-Köpenick

Zum 88. Geburtstag

Paul Günther, Chemnitz
Heinz Nieter, Pdm.-Stern
Giesela Koppen, Bln.-Fr'hain

Zum 87. Geburtstag

Friedericke Geyer, Großbreitenbach
Gerhard Grünberg, Bln.-Fr'hain
Hildegard Hübner, Leipzig
Elfriede Spahr, Leipzig

Zum 86. Geburtstag

Paul Härtl, Aue/Schwarzenberg
Walter Hößler, Gera
Manfred Jäckel, Bln.-Li'berg
Gertrud Liesener, Bln.-Fr'felde
Horst Sachadä, Kleinmachnow
Kurt Schieferdecker, Bln.-Hhsn.
Hans Schulze, Bln.-Pankow
Erika Vongehr, Frankfurt/O
Rosel Walter, Chemnitz
Walter Weber, Dresden

Zum 85. Geburtstag

Irene Berthold, Dresden
Wolfgang Böhme, Bln.-Marzahn
Rudolf Dornheim, Bln.-Prenzl. Bg.
Hans-Joachim Göllner, Bernburg
Josef Hüttner, Bln.-Li'berg
Marianne Kempe Erfurt
Theodor Rosenthal, Bln.-Treptow
Ursula Sader, Cottbus
Herbert Thiele, Rostock

Zum 80. Geburtstag

Karl-Heinz Bethge, Bln.-Fr'felde
Paul Bramburger, Cottbus
Heinz Fischer, Stralsund
Elvira Harnisch, Weißfels
Helmut Hoffmann, Bitterfeld
Helmut Hoffmann, Leipzig
Manfred Kempe, Dresden
Gerda Kleinvogel, Schwerin
Gottfried Klöden, Chemnitz
Paula Köhler, Sonneberg
Günter Konieczny, Guben
Hannelore Kühn, Leipzig
Dora Lorenz, Chemnitz
Elvira Musch, Bln.-Fr'felde
Frieder Nobis, Annaberg-Buchholz
Herbert Quasdorf, Bln.-Hellersdorf
Waltraud Reinhold, Erfurt
Gottfried Schöne, Dresden
Ilse Seibt, Suhl
Albert Seyda, Bln.-Treptow
Gisela Stade, Suhl
Ruth Stöpel, Bln.-Prenzl. Bg.
Kurt Thormann, Magdeburg
Otmar Weinhold, Pdm.-Zentrum
Gerhard Zach, Kreischa
Walter Zinke, Greifswald

Zum 75. Geburtstag

Horst Baldermann, Bln.-Li'berg
Regina Bauch, Plauen
Detlef Bengs, Neubrandenburg
Günter Berndt, Meißen
Manfred Beuchel, Bln.-Marzahn
Heinz Böttcher, Chemnitz
Claus Brüning, Leipzig
Horst Büttner, Zeitz Günter
Dannemann, Bln.-Treptow
Erika Dörfert, Salzwedel

Helga Dragendorf, Bln.-Marzahn

Ingetraud Dunst, Bln.-Mitte
Georg Eifler, Görlitz
Annelies Enke, Leipzig
Elfriede Etzold, Eilenburg
Gerhard Fink, Stralsund
Werner Fischer,

Annaberg-Buchholz
Dieter Franke, Bln.-Fr'felde
Günter Franz, Bln.-Prenzl. Bg.

Roland Fröhlich, Pdm.-Stern
Helmut Ganß, Gräfenthal
Hans Garbe, Löbau

Bernhard Geppert, Altenburg
Roland Gründler, Bln.-Fr'hain

Gotthard Günther, Chemnitz
Horst Halla, Cottbus
Ruth Hankel, Pdm.-Schlaatz

Ralf Hecht, Bln.-Mitte
Ingeborg Heider, Leipzig
Horst Heidrich, Heidersdorf

Günter Hein, Erfurt
Walter Hopf, Suhl
Werner Jerzynek, Löbau

Heinz Karbe, Pdm.-Golm
Rudolf Kauder, Chemnitz

Siegfried Keller, Bln.-Treptow
Ruth Klebow, Pdm.-West

Hans-Joachim König, Magdeburg
Reinhold Kollosche,
Bln.-Weißensee
Heinz Kramer, Meißen
Edwin Krüger, Frankfurt/O
Agnes Kühn, Pdm.-Stern
Manfred Kulitzscher, Rostock
Larissa Leinau, Bln.-Treptow

Alfred Lorenz, Bln.-Hellersdorf

Franz Lorenz, Bln.-Treptow
Hans Mücke, Bautzen
Horst Müller, Bln.-Marzahn
Siegfried Münds, Groß Kiesow
Maria Plötz, Bln.-Hhsn.
Christa Pönopp, Klingenthal

Horst Schäfer, Pirna
Heinz Schleritt, Bln.-Köpenick
Herbert Schnabel, Birkenwerder

Friedheim Schneider, Bln.-Fr'felde
Herbert Schreier, Binz
Brigitte Schubert, Bln.-Hhsn.

Werner Schulz, Bln.-Fr'felde
Heinz Schulze, Sagard
Werner Schwarz, Caputh

Wolfgang Schwarz, Chemnitz
Rudi Sillmann, Bln.-Li'berg
Volkmar Stecklum, Schwerin

Rudolf Stiller, Rostock
Waltraud Storch, Rostock
Rolf Stumpf, Bln.-Hhsn.

Hans Tietze, Bln.-Li'berg
Klaus Traste, Dresden
Harry Uhde, Leipzig

Helmut Unger, Stralsund
Herbert Unger, Bln.-Marzahn

Heinz Wagenknecht, Frankfurt/O
Bodo Weigand, Neuhaus/Rwg.

Hardi Weißbach, Eggesin
Karl-Heinz Weitz, Suhl
Heinz Winter, Rostock
Karlheinz Wintersehl,
Bln.-Marzahn
Evelyn Wusterhausen, Bln.-Fr'hain
Hans-Dieter Zeidler, Stralsund

►►► Fortsetzung von Seite 3

men der 3600 Mitglieder der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerecht und Menschenwürde e.V. (GBM) fordern wir die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien auf, ihren Standpunkt zu überprüfen und der Regierung zu empfehlen, Gesetzesnovellierungen einzubringen, die diese Ungerechtigkeiten beseitigen.

...
Wir erwarten Ihre Unterstützung und Ihren Einsatz, dass endlich wieder eine Rentenveränderung am 1. Juli 2007 erfolgt und die Regierung mit Hilfe des Bundestages ein verlässliches Stufenprogramm der schnelleren Anpassung des Rentenwertes Ost an den Wert West vorlegt. Die Aussetzung der Rentenveränderung seit 2004 und der »Fortbestand der zwei Rentengebiete«, wie es in der Resolution des 18. DGB-Bundeskongresses bezeichnet wurde, ist ein ernsthaftes Hindernis bei der Verwirklichung der Einheit und eine fortgesetzte Diskriminierung der Bürger in den Neuen Bundesländern als Bürger zweiter Klasse. Mehr noch, erfolgt nicht mit den in §§ 68 und 255a SGB VI geschaffenen Rentenveränderungsbestimmungen ein verfassungswidriger Eingriff in die durch Leistung und Beiträge erworbenen Eigentumsrechte der Bürger an Rentenleistung?

Wir fordern deshalb:

- eine mindestens über der Inflationsrate liegende Rentenveränderung zum 1. Juli 2007;
- die Unterstützung des ver.di-Stufenprogramms zur Angleichung der Rentenwerte Ost, beginnend mit dem 1. Juli 2007 und ohne Belastung der Erwerbstätigen und der Rentner in den alten Bundesländern;
- eine Veränderung der §§ 68 und 255a SGB VI, da dieses Anpassungsmodell zu einem permanenten Absinken des Realwertes der Renten führt. Dies ist zugleich eine grundgesetzwidrige Enteignung der durch Arbeit und Beiträge erworbenen Rentenansprüche;

- die Ausarbeitung einer echten Rentenreform, die ein auskömmliches Leben im Alter sichert, sowie die Beachtung der Vorschläge und Einbeziehung der Sozialverbände dabei;
- die Umstellung der Beiträge der Unternehmen zu den Sozialsystemen auf das Wertschöpfungsprinzip und die Erhöhung ihres Anteils an den Sozialfonds.(...)

Quelle:

Monatszeitung der GBM »akzente«

Nr. 4/07.

Mehr dazu in www.isor-sozialverein.de unter »Bei anderen gelesen«

Nachsatz:

Wie angekündigt, hat das Bundeskabinett am 25. April die Rentenerhöhung in Höhe von 0,54 Prozent beschlossen. Es hat sich damit über das Votum von Gewerkschaften und Sozialverbänden hinweggesetzt und wissen lassen, dass es nicht gewillt ist, die Unterschiede bei den Rentenzahlungen in Ost und West zu beseitigen. Zwischenzeitlich ist beim Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden (OKV) eine Antwort vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf das Schreiben des OKV an Herrn Franz Müntefering, Stellvertreter der Bundeskanzlerin und Bundesminister, (siehe ISOR aktuell Nr. 4/07, Seite 1) eingegangen. Auf vier Seiten versucht der Staatssekretär im BMA, Herr Heinrich Thiemann, für die lächerliche Rentenerhöhung von 0,54 Prozent eine rechtliche und rechnerische Begründung zu geben, die nicht nachvollzogen werden kann. Das OKV veröffentlicht diese Antwort auf seiner Website www.okv-ev.de unter dem Abschnitt »Dokumente«.

Von Mitglied zu Mitglied:

Vermietete gemütliche FEWO für 2 Personen (Aufb. mögl.) in **Zempin / Usedom**, 700 m zum Strand - Te.: 038377 40091 www.usedom-mitte.de



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



Eine Woche vor ihrem 100. Geburtstag verstarb CHARLOTTE SCHULZ, Bln.-Fr'felde

KLAUS-JÜRGEN BARZ, Bernau

VOLKER BAUDLER, Cottbus

KLAUS BERGNER, Chemnitz

BERND EISMANN, Pdm.-Babelsberg

EBERHARD FALKENSTERN,

Pdm./Waldstadt

CLAUDIA FLORACK, Pdm./Waldstadt

MANFRED FREUDENREICH,

Bln.-Marzahn

JOHANNA GALKE, Frankfurt/O

LOTHAR GAUDIG, Halle

OTTO GEBHARDT, Magdeburg

KARL-HEINZ GERCKEN, Bln.-Fr.'hain

JOCHEN GISKE, Erfurt

INGELORE GURK, Aschersleben

BRUNO HENNING, Bln.-Hhsn.

SIEGFRIED HONIG, Hoyerswerda

MARTHA HORN, Bln.-Fr'felde

ANTON KOPPEL, Aschersleben

PETER KRAUSE, Geithain

HANNA LEHMANN, Bln.-HELLERSDORF

GERTRUD MÖCKEL, Chemnitz

KLAUS OEHMICHEN, Pirna

ARTUR PALM, Schönebeck

KURT PEUKERT, Pdm.-West

ERICH POLSTER, Münchberg

EDUARD SCHINDLER, Bln.-Prenzl. Berg

KLAUS SCHINDLER, Hohen Neuendorf

GÜNTER STAPELBERG, Wismar

ALFRED STOLZ, Malchin

ERICH WICHMANN, Pdm.-Stern

ERICH ZÖLLNER, Vieselbach

JOCHEN ZSCHACH, Leipzig

Ehre ihrem Andenken

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.04.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.05.2007

Einstellung im Internet: 08.06.2007

Auslieferung: 14.06.2007

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

★ Weitergeben ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ Weitergeben ★